

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 19.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 85 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6241.

Hannover  
Sonntag, 20. September 1902.

Geschäftsinsere pro Spalten-Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offerten-Aufnahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Nikolaitz. 46.

11. Jahrg.

## Ausschreibung.

In Ausführung des Beschlusses des sechsten ordentlichen Verbandstages (Siehe Protokoll, Seite 73) hat der Vorstand beschlossen: Im Gau 13 (Württemberg) und im Gau 16 (Rheinland-Westfalen) je einen besoldeten Gauvorsitzenden anzustellen.

Den Gauvorsitzenden liegt es ob:

1. die Agitation in ihrem Gau zu betreiben;
2. bei bevorstehenden Arbeits-Einstellungen und eingetretenen Aussperrungen die Interessen des Verbandes zu wahren;
3. auf Ansuchen des Verbands-Vorstandes oder aus eigenem Antriebe dem Vorstande Auskünfte über die Vorgänge und Verhältnisse in den dem Gau zugehörigen Zahlstellen zu erteilen;
4. auf Anordnung des Vorstandes Revisionen der Zahlstellen vorzunehmen.

Einer Vermehrung der vorhandenen Zahlstellen und einer Stärkung der Mitgliederzahl müssen sie besonders ihr Augenmerk zuwenden, dazu Versammlungen, Werkstätten- und Betriebsbesprechungen arrangieren, und nebenbei den Ausbau des Verwaltungs- und Leitungswesens in den Zahlstellen nicht aus den Augen lassen.

Die besoldeten Gauvorsitzenden erhalten ein Anfangsgehalt von 1600 Mk., steigend um 75 Mk. pro Jahr bis zu einem Höchstgehalte von 2000 Mk., und werden bei der Versicherungsvereinigung für die in der modernen Arbeiterbewegung thätigen Beamten auf Kosten des Verbandes versichert.

Verbandsmitgliedern, die sich um diese Stellen bewerben, wollen sich bis zum 15. Oktober bei dem Unterzeichneten melden.

Die Bewerbung ist schriftlich einzureichen. Eine kurze Beschreibung der bisherigen Tätigkeit ist beizufügen. Die Bewerber müssen eine selbstständige schriftliche Arbeit über die Lösung der den Gauvorsitzenden zugewiesenen Aufgaben einreichen. Kenntnis der sozialpolitischen Gesetzgebung ist erwünscht.

Die Gaukonferenzen haben das Vorschlagsrecht. Die Anstellung erfolgt durch den Vorstand unter Zustimmung des Ausschusses.

Hannover, 14. September 1902.

J. A.: Aug. Brey.

## Die Arbeitslosen-Unterstützung.

II.

Der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Existenzunsicherheit und der Unfähigkeit der Unterhaltungsmitel haben die edelsten Menschen aller Zeiten Kopf, Herz und Hand zu Diensten gestellt.

Das wichtigste Problem der Gegenwart, der Sozialismus, was ist er im letzten Grunde Anderes, als das Bestreben, durch eine vernünftige Regelung der Produktions- und Austauschweise allen Menschen die Möglichkeit der Bethätigung ihrer geistigen und physischen Kräfte zu schaffen, und bei allgemeiner Arbeitspflicht auch die Garantie zu geben, daß die geistigen und materiellen Bedürfnisse befriedigt werden können, und in welchem die arbeitsfähigen Menschen nicht Gefahr laufen, daß ihnen durch ökonomische Ereignisse, durch Erwerbs- und Handelskrisen das Werkzeug aus der Hand geschlagen wird, sie aus dem Fabrikal und dem Werkplatz hinausgedrängt werden, und sie mit Verlust der Arbeitsgelegenheit gleichzeitig auch der Geldmittel entbehren zur Bestreitung der Existenzkosten. Der Sozialismus ist das sicherste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen.

Aber auf seine Verwirklichung können wir nicht warten, ohne schon jetzt etwas zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu thun. Alle Arbeiter, die sich mit der Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse befassen haben oder beabsichtigen, sie erstreben eine Verkürzung der Arbeitszeit. Im gleichen Maße, wie der technische Fortschritt wächst, die modernen Produktivkräfte zunehmen, Menschenhände überflüssig gemacht werden, ist Verkürzung der Arbeitszeit zu erstreben. Diese bietet die Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit einzuschränken, die Nachfrage nach Arbeitskräften steigen zu lassen. Aber selbst gedacht, wir erhielten in allerletzter Zeit den Achtstundentag für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, so werden immer noch Arbeitslose verbleiben, die Technik wird neue Hände überflüssig machen. Die überschüssigen Hände, sie bilden eine stete Gefahr für die in Arbeit Stehenden, sie sind die industrielle Reservearmee, des Dinkes wartend, um zu niedrigem Lohn Andere von den Ar-

beitsplätzen zu verdrängen, oder aber die während des Lohnkampfes verlassenen Plätze als Arbeitswillige einzunehmen.

Die herrschende Klasse, die Besitzer der Produktionsmittel, die Unternehmer aller Art, die auch im Besten der politischen Macht sich befinden, sie werden im wohlverstandenen Klasseninteresse es unterlassen, sich diese industrielle Reservearmee durch Zuwendung einer Arbeitslosen-Unterstützung gleichsam zu entzweien.

Nach unter Annahme der Möglichkeit, daß das Proletariat in absehbarer Zeit einen politischen Einfluß erhält, derart, daß die Gesetzgebung sich mit einem Entwurf zur Gewährung einer Arbeitslosen-Unterstützung beschäftigen muß, werden die Bourgeois Macht genug besitzen, ein solches Gesetz so zu verschlechtern, daß die industrielle Reservearmee immer noch als Schutztruppe des heiligen Kapitalprofiten in Aktion treten kann.

Wenn also wirklich der Staat einmal soweit kommen sollte, sich mit der Lösung des Problems Arbeitslosigkeit zu befassen, dann will er Dank ernten von den Arbeitern in Gestalt politischen Wohlverhaltens. Die staatliche Arbeitslosen-Unterstützung dürfte geeignet sein, den politischen und sozialen Kampf der Arbeiter in der ungünstigsten, schädlichsten Weise zu beeinflussen. Auf alle Fälle aber wird die staatliche Unterstützung unzureichend sein, so daß selbst bei ihrer Einführung die Unterstützung der Organisation für die Arbeiter notwendig sein wird.

Der Sozialismus, der Achtstundentag, die Arbeitslosen-Unterstützung durch das Reich, das Alles steht noch in weiter Ferne; umso mehr ist es Aufgabe der Organisation, der Einführung näher zu treten. Die Arbeitslosen-Unterstützung ist ein Kampfmittel! Gleichwie das Reisegeld, das Umzugsgeld, stärkt sie den Widerstand der Arbeiter, damit sie nicht jeder Maßregel des Unternehmers sich fügen müssen. Es hat uns immer wehe getan, wenn wir einen Verbandsmitgliedern hörten, der da sagte: „Wir erwarten von dem Verband keinen Vortheil.“ Da sagten wir uns aber auch immer, an dem ist auch all die Aufklärungsarbeit durch die Organisation wirkungslos vorüber gegangen. Mit jedem Reisegeld, das wir einem Kollegen zum Weiterreisen geben, schaffen wir uns einen Konkurrenten von dem lokalen Arbeitsmarkt fort, verringern dadurch das Angebot der Arbeitskräfte. Außerdem wird auch die Zuversicht eines Kollegen gestärkt, wenn er sich sagen kann: Du brauchst nicht zu den ungünstigsten Bedingungen Arbeit anzunehmen, du verzehrerst auch dann noch nicht, wenn du den Versuch machst, deine Arbeitskraft zu theureren Preisen an den Mann bringen zu können. Das Umzugsgeld soll den Kollegen die Möglichkeit des Auffuchens einer anderen Existenz sichern, wenn sie zu wählen haben zwischen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder Verlassen der Arbeit. Die Unterstützung an Gemäßregelte soll den Verbandsmitgliedern eine Rückenstärkung bieten bei Erhaltung des Preises für seine Arbeitskraft. Das Alles soll kein direkter Vortheil sein für die, welche nicht Empfänger des Geldes sind? Nur kurzzeitigkeit, um uns recht zart auszudrücken, kann so reden.

Die Arbeitslosen-Unterstützung ist nun aber weit mehr als vorgenannte Unterstützungszweige geeignet, ausbeutenden Unternehmern den Beweis zu liefern, daß man auch dann noch nicht verhungert, wenn man nicht fünf Groschen für sie billiger arbeitet, und daß man nicht gezwungen ist, bei ihnen für 25 oder 30 Pfennige anfangen zu müssen, wenn man als Kollege der Meinung ist, daß Einem 30 oder 35 Pf. zu stehen.

Schließlich ist aber auch der Arbeiter aus Pflichtgefühl gegen sich selbst und seine Familie gezwungen, gegen Arbeitslosigkeit versichert zu sein. Die Segner der Arbeitslosen-Unterstützung sollen sich doch einmal fragen: was bleibt dem Kollegen, der arbeitslos wird, übrig, wenn er nicht verhungern will? Der Gang zum Armenpfleger! Und wenn er dann gegen eine solche Unterstützung auf ein ganzes Jahr seiner politischen Rechte ledig geworden ist, ist dann etwa seine Kampfesfähigkeit gestärkt? Wenn wir dem Kollegen durch eine Unterstützung, die die Armenunterstützung übertrifft, die Möglichkeit erhalten, an dem Kampf um die Gesetzgebung teilzunehmen, seine Mitgliedschaft über die Dauer der Arbeitslosigkeit ihm zu erhalten, so erhalten wir der gesammten Arbeiterbewegung einen immerdar gewappneten Kämpfer, und das vertieft doch wohl den Kampfescharakter einer Organisation.

Im November werden die Kollegen entscheiden über die Arbeitslosen-Unterstützung. Wir lassen Abstimmungszettel drucken mit der Frage:

Stimmen Sie für Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung in unserem Verband?

Diese Frage ist mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten.

Der Wichtigkeit dieser Entscheidung sind sich alle Verbandsmitglieder bewußt, sodas die, wie sie auch ausfallen mag, nur nach reiflicher Erwägung und Ueberlegung fallen wird.

## Soziale Rundschau.

— Kampagneabschlüsse von Zuckerrabriten. Die Zuckerrabrit in Fallersleben hatte eine Einnahme von 1 383 100 Mk., die Ausgabe betrug 1 334 050 Mk., der Reingewinn stellte sich auf 49 050 Mk. und kam wie folgt zur Verteilung: 4 Prozent = 34 620 Mk. Dividende auf 870 000 Mk. Aktienkapital, Rückstellung für auszulösende Prioritäten 10 500 Mk., Gratifikationen für Beamte und Arbeiter 3000 Mk. Der Rest wird vorgezogen. Die Rücklagen betragen 117 800 Mk. Die Zuckerrabrit in Paris vereinigte 896 140 Mk. Betriebsausgaben, sodas nach 23 870 Mk. Abschreibungen nur ein Gewinn von 260 Mk. verbleibt. Das Aktienkapital beträgt 675 000 Mk., der Reservefonds 13 000 Mk. — Die Zuckerrabrit in Bielefeld-Gannover vereinigte 1 887 930 Mk. und hatte 1 911 820 Mk. Betriebsausgaben, sodas nach 14 690 Mk. Abschreibungen ein Verlust von 38 580 Mk. resultiert, welcher aus dem Hilfsreservefonds gedeckt wird. Das Aktienkapital beträgt 570 000 Mk., die Rücklagen 44 950 Mk. Die Fabrik ist mit 772 000 Mk. hypothekarisch belastet. — Die Zuckerrabrit in Wenzel-Solkoten erzielte bei 838 040 Mk. Einnahmen und 831 990 Mk. Ausgaben einen Gewinn von 6050 Mk. auf 258 900 Mk. Aktienkapital. Die Rücklagen betragen 108 800 Mk. — Zuckerrabrit in Straßburg (Ges. m. beschr. Haftg.) Das Ergebnis der Abnehmerernte war an Zuckergehalt zwar eine Kleinigkeit geringer, an Menge aber größer als im Vorjahre, nämlich 1 407 160 Zentner. Es wurden rund 195 000 Zentner Erstprodukt, 7400 Zentner Nachprodukt und 39 000 Zentner Melasse gewonnen. Es wurden 4 Prozent Dividende auf das Gesellschaftskapital von 800 000 Mk. erzielt. — Die Zuckerrabrit in Hiede erzielte einen Gewinn von 45 780 Mk., welcher ganz zu Abschreibungen verwendet wurde. Das Aktienkapital beträgt 360 000 Mk., die Rücklage für die Fabrik 261 680 Mk.

— Ein Schnitzverband der mittleren und kleinen Zuckerrabriten, die weniger als 1 000 000 Zentner Rüben pro Kampagne verarbeiten, wurde am 15. Juli in Berlin gegründet. Sein Zweck ist „in erster Linie Abwendung der schädlichen Folgen der Brüsseler Konvention“. Gegen die Gründung nimmt ein Zirkular Stellung, das die Unterschriften der Direktoren Dr. Bruckner, Straßburg, Fuchs, Greiffenberg, v. Kelm, Ratschin, und Anderer trägt.

— Deutschlands Zuckerausfuhr. Ueber die deutsche Zuckerausfuhr schreibt die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“: „Die deutsche Zuckerausfuhr ist im abgelassenen Jahre dem Werte nach größer als in je einem früheren Jahre gewesen. In den letzten zehn Jahren wurden gegen Steuervergütung bezw. gegen Gewährung des Ausfuhrzuschusses ausgeführt:

Jahr	Wert	Doppelzentner im Werte von
1892	6 076 110	179,8
1893	7 056 330	221,2
1894	8 292 590	209,2
1895	8 940 480	192,9
1896	9 888 210	236,4
1897	11 410 970	229,9
1898	10 325 210	212,4
1899	9 393 070	203,6
1900	10 064 660	216,3
1901	10 831 810	239,3

Bezüglich der Menge wird die letztjährige Ausfuhr nur von derjenigen des Jahres 1897 übertroffen, jedoch ist dabei zu berücksichtigen, daß die Minder- ausfuhr gegenüber dem Jahre 1897 lediglich auf dem Rückgange der Rohzuckerausfuhr beruht, daß dagegen die Ausfuhr von raffiniertem Zucker größer als je gewesen ist. Zurückgegangen ist namentlich die Rohzuckerausfuhr nach den Vereinigten Staaten, nämlich von 3 622 950 Doppelzentner im Jahre 1900 auf 1 135 410 Doppelzentner im Jahre 1901. Dagegen hat die Ausfuhr nach England sowohl in Rohzucker wie auch in raffiniertem Zucker zugenommen; in



ersterem ist sie gegenüber dem Vorjahre von 1 638 050 auf 2 042 410 Doppelzentner, im letzterem von 3 466 330 auf 4 237 839 Doppelzentner gestiegen. Zu dieser Steigerung hat namentlich der Umstand beigetragen, daß zu Anfang des verfloffenen Jahres, vor der Einführung des englischen Zuckers, die englische Zuckereinfuhr außergewöhnlich groß gewesen ist. Ebenso haben im Monat Dezember die Bestürchungen vor einer Erhöhung des Zuckersollens wiederum zu einer Erhöhung des Imperis geführt. Es wurden in diesem Monate 50 Prozent über dem Durchschnitt eingeführt, und im Januar 1902 hat sich diese Mehreinfuhr noch fortgesetzt. Inzwischen ist aber auf diese Steigerung bereits ein starker Rückschlag gefolgt, und dieser Rückschlag macht sich, da Deutschland am stärksten unter allen Staaten an der Zuckereinfuhr des Vereinigten Königreiches beteiligt ist, vor Allem in der deutschen Zuckereinfuhr bemerklich. Auch die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten wird voraussichtlich noch weiter, als dies im verfloffenen Jahre bereits geschehen ist, zurückgehen. Vor drei Jahren war die Ausbente des nordamerikanischen Rübenzuckers noch ohne Belang, im laufenden Betriebsjahre wird sie ungefähr 150 000 Tons betragen und eine weitere Vermehrung steht in Aussicht. Dabei wächst die Rohzuckereinfuhr aus Cuba und anderen Ländern sehr rasch. Die Zuckerverzeugung Cubas ging während des spanisch-amerikanischen Krieges auf rund 300 000 Tons zurück, während sie vorher bis auf eine Million gestiegen war; im verfloffenen Betriebsjahre hat sich die Erzeugung der Insel bereits wieder auf 650 000 Tons erhöht und im laufenden Betriebsjahre auf 850 000 Tons.

Die Landarbeiter behandelt werden. Vor dem Schöffengericht in Wize (Cannover) hatte sich anfangs der 20 Jahre alte Barmaler Paul Seydler, Sohn eines Oberingenieurs in Lüttich (Belgien), zu verantworten, weil er auf dem Gutshofe zu Banteln am 7. Juni d. J. den 16 Jahre alten Arbeiter Peter Kowalski mittelst eines gefährlichen Werkzeuges vorläufig körperlich mißhandelt hatte. Der Angeklagte, welcher auf dem Gute Banteln damals Barmaler war, giebt der Sachverhalt folgendermaßen an: Er habe die Aufsicht über das Personal gewahrt, Kowalski (an Stelle dieses Namens gebraucht Angellager den Ausdruck „der Bengel“, wofür ihm seitens des Vorstehenden des Gutshofes eine Miße ertheilt wird) sei faul gewesen, und da habe er demselben eine Ohrfeige versetzt, er habe darauf einen Befehl erhoben, er habe aber diesen Befehl genommen und noch dem K. geschlagen, ohne die Aufsicht zu haben, ihn auf den Kopf zu treffen. Der Sachverständige hat bei Untersuchung des Verletzten auf dem Kopfe eine etwa fingerlange rissige Wunde festgestellt; die Wunde sei gut geheilt und habe keine nachtheiligen Folgen hinterlassen. Der Verletzte Kowalski stellt den in Frage stehenden Vorfall wie folgt: Wir haben den Hof geerntet, und ich mußte etwas ans, da ich mich mit der Angeklagten mit zwei kleinen Steinen, ich sprach darauf einige Worte polnisch, und sofort versetzte mir der Barmaler zwei Ohrfeigen, da habe ich ihn weggeschoben von mir, hierbei fiel mir der Befehl aus der Hand, der Angeklagte ergriff mich und schlug mich auf den Kopf und, trotzdem ich nach blutete, schlug er mich nochmal mit einem Stein in die Seite. Ich habe nicht die Aufsicht gehabt, den Barmaler zu schlagen. Der Landarmat beantragt in Anbetracht der vorliegenden Sachverhalte das Angeklagte eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen. Das Gericht fällt folgenden Urtheil: Der Angeklagte ist der gefälligen Körperverletzung schuldig und wird unter Annahme widerwärtiger Umstände zu 100 Mark Geldstrafe und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt. Als strafmildernd wurde der Umstand in Betracht gezogen, daß der Beschuldigte noch jung und unbescholten ist, und daß er, wie wir der „S. Bg.“ entnehmen, wirklich gemäß dem ihm ertheilten Auftrag der Aufsicht gewesen sein könnte, die Leute seien nur durch gelegentliche Zurechtweisungen zur Arbeit angehalten. Mit der Widerpassigkeit und Jamtheit des Verletzten schiene es wohl nicht so schlimm zu sein, er könne vielmehr darauf sein, wie diese Leute behandelt würden. Es wäre recht interessant, zu erfahren, wie der dem Barmaler ertheilte Auftrag gelautet hat, aus welchem der Beschuldigte die Aufsicht gewonnen, daß zur Aufmunterung der Arbeiter gelegentliche Schläge das beste Mittel seien.

Som Holzmarkt. Eine keine Besserung hinsichtlich der Preise und des Geschäftsganges wird vom Berliner Markt und auch im Allgemeinen von den meisten Holzmärkten Ost- und Norddeutschlands berichtet. Die Nachfrage ist gestiegen und damit ein Anzeichen der Preise für die meisten Artikel, besonders für Bauholz verbunden. Ob diese Besserung von Dauer ist, scheint fraglich, mit dem Monat Oktober ist in der Regel die Saison für das Baugewerbe und die Holzindustrie vorbei, was natürlich nicht ohne Einfluß sein wird. Ob die Schwäche in der That so klein ist, daß eine dauernde Preisbesserung gerechtfertigt erscheint, ist schwer zu sagen. Die Preise für eigene und fremde Schwämme sind etwas gestiegen, wahrscheinlich auf die Nachricht hin, daß die Eisenbahn-Direktion Berlin eine Lieferung von 750 000 Schwämmen (eigene und fremde) bis zum 10. d. M. für Breslau, Schott, Danzig, Kitzin usw. ausgeschrieben hat. Die Bestände sollen in Schwämmen nicht groß sein, indessen bei den Lieferungsbedingungen auf spätere Termine ist dies nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Das Berliner Holzkomptoir hat von der Stadt Berlin die Fortsetzung von Holz für vor einigen Tagen nach dreimaliger Submission gekauft unter der Bedingung, das Holz, gemachte Bestände, baldmöglichst schlagen zu lassen. In Berlin ist sich Begehrt für Balken, Bohlen und Bretter, der soll befristet werden konnte, wobei zum Teil etwas höhere Preise bewilligt wurden. Die im letzten Zeit veröffentlichten Geschäftsberichte größerer Gesellschaften für Holzbearbeitung und Verwertung zeigen über die Möglichkeit der Beschaffung geeigneten Rohmaterials. Auch an Arbeitern soll es gemangelt haben und über deren Anwerbung wird Klage geführt, sowie im Hinblick darauf von vertriebsbringenden Abhängigen berichtet. In Barmstadt sind Lohnverhandlungen vorgenommen worden. Die Abhänge waren zum Teil unzulänglich. Die Sägemühlen hatten in den letzten Wochen gut zu thun, was die Befürchtung veranlaßt, angesichts der geringen Löhren von Kunden ihren Preis für Holz zu erhöhen. Der

Weichselmarkt war fester. Es wurden von dieser festen Tendenz die meisten deutschen Märkte stark beeinflusst. Die Ankünfte auf der Weichsel waren etwas kleiner als im vorigen Jahre, dagegen ist in Berlin eine Steigerung zu verzeichnen.

Ausfuhr der Baumwollente in den Vereinigten Staaten. Wie die Getreide-Ernte verspricht auch die Baumwoll-Ernte der nordamerikanischen Union ein besseres Ergebnis zu liefern, als noch vor Kurzem erwartet wurde. Auf Grund der neuesten amtlichen Angaben schätzt man den Ertrag der kommenden Baumwollente auf 11 000 000 Ballen gegen 10 300 000 im Jahre 1901, 9 400 000 im Jahre 1900, 11 250 000 im Jahre 1899 und 11 280 000 im Jahre 1898, dem bisher besten Erntejahre. Kernerdings lauten die Witterungsberichte vom Süden äußerst günstig, so daß gute Aussichten auf einen reichen Ernte-Ertrag vorhanden sind. In das neue Erntejahr werden alte Vorräthe kaum zu übertragen sein.

Margarinfabrikation. Wie der „Arbeitsmarkt“ berichtet, ist zur Zeit die Margarinfabrikation recht gut beschäftigt und im Zusammenhang damit auch die Delmühlen-Industrie. Dieser gute Geschäftsgang ist auf den ersten Blick in der gegenwärtigen Zeit der Kreise eine abnorme Erscheinung, aber er hängt eng mit der Krise zusammen und ist eine direkte Folge derselben. Die schlechten Erwerbsverhältnisse haben das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung so geschwächt, daß der Arbeiterhaushalt so billig wie nur möglich wirtschaften muß. In-entlich nimmt unter diesen Umständen die Verwendung billiger Ersatzmittel zu; so tritt auch an Stelle der Butter Margarine. Schon im vorigen Jahre hat diese Verwendung im Arbeiterhaushalt die Delmühlerei günstig beeinflusst. Der Gewerkeinspektor für Wiesbaden weist in seinem Bericht für 1901 ausdrücklich auf diese bemerkenswerte Thatsache hin, indem er schreibt: „Aufsahrend günstig war der Geschäftsgang der Delmühlen, welche den an sie gestellten Forderungen nicht genügen konnten. Nach Ansicht der betreffenden Kreise ist das aber nur ein Zeichen der unglücklicher gewordenen Lebenshaltung der Bevölkerung, da die Nachfrage nach Del durch den stärkeren Verbrauch von Margarine veranlaßt wird.“

Die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrum's beleuchtet ein Vorgang, der sich anlässlich der schwarzen Meerfahrt in Mannheim ereignet hat.

Es handelte sich um die Erörterung des Themas „Arbeitslosigkeit“, zu dem folgender, von einem Ausschuss empfohlener Antrag vorlag:

Die Generalversammlung lenkt die Aufmerksamkeit der katholischen Sozialpolitik auf die in Folge des Niederganges der Industrie neuerdings wiederum eingetretene Arbeitslosigkeit, die zu einer bedauerlichen Begleiterscheinung der industriellen Entwicklung geworden ist. Als Mittel und Wege zur Verhütung der Arbeitslosigkeit wie zur Wiedereingliederung ihrer harten Folgen sind vor Allem zu empfehlen der Ausbau des Arbeitsvermittlungswesens, die Verlängerung der Arbeitszeit an Stelle von Arbeitsentlassungen; ferner Beschaffung von Mitteln zur Ausführung von Nothstandsarbeiten durch staatliche und kommunale Verwaltungen; bezahlten. Des Weiteren sind, um den unerschuldeten arbeitenden Arbeiter vor der Arbeitslosigkeit zu schützen, Institutionen zu schaffen, unter Vermittelung von Arbeitern und Arbeitgebern, Staat und Gemeinden, welche dem Arbeiter die Möglichkeit bieten, sich durch Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen.

Dieser Resolution wollte Dr. Heim noch ein agrarisches, die Zollernpolitik des Zentrums sanktionirendes und ansehnliches Schwänzchen folgenden Inhalts angefügt haben:

„Gleichzeitig bringt die Versammlung zum Ausdruck, daß sie in einer kritischen Würdigung der traurigen Lage der Landwirtschaft ein der besten Mittel erblickt, um die Abwanderung ländlicher Arbeitskraft nach den Städten und Industriecentren und die daraus folgende Arbeitslosigkeit zu vermeiden.“

Weniger gegen diesen Zusatzantrag selbst als gegen dessen Begründung im verfahrenen Schooße des vorberatenden Ausschusses, der, wie Dr. Heim erklärte, auch diesen Antrag gebilligt habe, wendete sich mit einer auf den Zentrumsparaden bisher wahrscheinlich unerhörten Schärfe der Kölner Arbeitersekretär Wiesberts, der ausführte:

„Ich bin nicht grundsätzlich gegen den Zusatzantrag, ich bin aber der Ansicht, daß er nicht an diese Stelle gehört. Deshalb erlaube ich, den Zusatzantrag abzulehnen. Es sind gestern im Ausschuss einige Bemerkungen gefallen, die ich wegen der Kürze der Zeit nicht mehr zurückweisen konnte, ich sage mich aber geradezu, dies hier anzunehmen. Es ist gesagt worden: die Arbeiter fahren, wenn sie Geld verdienen, in Droschken. Ich bemerke: die Mannergesellen sind ebenso berechtigt, für ihr Geld Droschke zu fahren, wie die leitenden Arbeiter. (Beifall.) Es ist ferner im Ausschuss gesagt worden: der Arbeiter hat kein Recht auf Arbeit. Ich muß als Arbeiter dagegen Protest erheben. Soll der Arbeiter bloß die Pflicht zur Arbeit haben und wenn er keine Arbeit hat, das Recht zu verhungern? Ich schreie die erwähnten Aeußerungen, die ich als Arbeiter nicht widerersprechen lassen kann.“ (Beifall.)

Auch der Vorsitzende des christlichen Bergarbeiter-Verbandes, August Bruff (Allenstein) erklärte:

„Ich schließe mich den Ausführungen meines Freundes Wiesberts vollständig an und muß ebenfalls erwidern, den Zusatzantrag des Dr. Heim schon der Form wegen abzulehnen. Der Zusatzantrag paßt jedenfalls nicht zum Thema der Arbeitslosigkeit. Wenn die Bankrottlosigkeit den Arbeitermangel bekämpfen will, dann muß sie an helfen, daß sie ihre Arbeiter auskömmlich bezahlt.“ (Beifall.)

Der Zusatzantrag des Dr. Heim gelangte trotzdem gegen etwa zehn Stimmen zur Annahme.

Was an dem Wortgehäufel Interessant ist? Die Ausführungen des Arbeitersekretärs Wiesberts, und darin das, was als Aeußerung seiner Gegner zu lesen: „Die Arbeiter haben kein Recht zu leben, wenn sie Geld verdienen, in Droschken.“ Mit dieser eben Verdächtigung der Arbeiter als Ver-

wechender haben „Sozialpolitiker“ des Zentrums sich eine gesellschaftliche Verpflichtung herausgerebet. Die Resolution ist denn auch danach, enthält sie jedoch nicht einmal die Forderung nach einer verdrängten Arbeitszeit. Diese aber ist das wichtigste Mittel zur Verhütung der Arbeitslosigkeit. An dem Mangel gerade dieser Forderung in der Resolution müßten die christlichen Gewerkschaftler erkennen, wie wenig ernst das Zentrum es meint mit einer Sozialpolitik im Interesse der Arbeiter.

Eine ungeheurer Kapitalmacht. Stellen die deutschen Großbanken dar. Von dieser Macht giebt eine vom Berliner „Allianz“ veröffentlichte Statistik ein anschauliches Bild. Darnach ist die Zahl der Kreditbanken in Deutschland von 118 Ende 1900 bis auf 125 Ende 1901 gestiegen. Die in der Verwaltung dieser Banken befindlichen eigenen und fremden Kapitalien beliefen sich am Jahreschluss 1901 auf 6643,4 Millionen Mark, gegen 6958 Millionen Mark Ende 1900. Davon entfallen auf die Berliner Banken Ende 1901 3689 Millionen Mark (3821 Millionen Mark) und auf die Provinzialbanken 2954 Millionen Mark (3137 Millionen Mark); indessen ist hierbei zu berücksichtigen, daß alle Provinzialbanken jetzt mehr oder weniger von den Berliner Großbanken abhängig sind. Der Gesamtgewinn aller Banken betrug 256,40 Millionen Mark (262,02 Millionen Mark), der Reingewinn 152,64 Millionen Mark (185,27 Millionen Mark) und die Dividende 110,52 Millionen Mark gleich 5,66 Prozent (185,27 Millionen Mark gleich 7,19 Prozent). Die Dividende stellte sich also durchschnittlich bei allen Banken auf 5,75 Prozent. Die Berliner Banken allein auf 5,75 Prozent. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ zieht aus diesen Figuren den Schluss, „daß das Bankgewerbe trotz der industriellen und verkehrlichen Hemmnissen im Ganzen relativ vorteilhaft gearbeitet hat, und aus ihnen hervorgeht, daß das Jammer über den Rückgang des Bankwesens in Folge der neuen Wärfen-Verhältnisse ganz unbegründet ist.“

Die Hartwischen Bergwerke und Chemische Fabriken haben, wie die Verwaltung mittheilt, einen Reingewinn von 526 218 Mk. Die Abschreibungen betragen 443 777 Mk. In dieser Summe ist auch der Verlust beim Transylvanien-Goldsyndikat in Höhe von 98 391 Mk. enthalten. In dem Abgang in der Goldausbente, der sich aus dem Augustifern ergibt, bemerkt die Verwaltung, daß in diesem Monat der Betrieb der Feiertage wegen an vier Tagen geruht hat.

Im Remenhaus verunglückt. Aus Bamberg wird der „Allg. Allg. Bg.“ berichtet: Verunglückt und mit Ungeheurer Überfülle und am Rücken völlig aufgelassen wurde am Sonntag, den 24. v. M., früh in ihrem Bette im Roth liegend die ca. 70jährige Remenhauslerin Anna Kath. West in Remenhausberg (Hrkt. Schweig). Die Bedauernswürde erhielt von den Ortschaften das Mitgefühl der Anwohner, welche ans Fenster gesteht, früh nahm sich niemand ihrer an. Der Bürgermeister will die Gemeindedienstfrau mit der Pflege beauftragt haben. Diese begab sich jedoch auf vier Tage zum Waisenhause (H) nach Forchheim. Der dortige Karantus und Vorstand der Armenpflege besand sich beim Katholikentag (H) in Mannheim. Die Verbringung wurde in Folge der gerichtlichen Untersuchung auf Mittelweg verschoben. Der Bezirksarzt von Forchheim konstatierte, daß der Tod durch Verwundung und bereits mindestens 24 Stunden vor dem Aufstehen eingetreten sei.

Dies ist bereits der zweite derartige Fall, der in diesem Jahre in Bayern bekannt wurde. Noch ist kaum ein Vierteljahr vergangen, daß wegen eines gleichen Unfalls erregendes Falsch in Amberg der dortige Pfarrer Bergler zu einer Woche Gefängnis und der frühere Zentrumsvorstandene Bürgermeister Bantenschläger zu drei Monaten verurtheilt wurden. Es ist eine eigenthümliche Beschäftigung der christlichen Nächstenliebe, welche die fromme Gemeindedienstfrau und der fromme Vorstand der Armenpflege in diesem haarsträubenden Falle betunden haben.

Der Verband der Schneider, dessen Verbandsstag in der letzten Woche des August tagte, hat feststellen können, daß mit den angestellten Lokals- und Bezirksbeamten die besten Erfolge gemacht worden sind. Der Sitz des Verbandes wurde von Stuttgart nach Berlin verlegt. Das Gehalt der Beamten beträgt 2100 Mk. und 1000 Mk. jährlich um 100 Mk. bis zur Höhe von 2500 Mk., von da ab jährlich um 50 Mk. bis zur Höhe von 3000 Mk.

Aus anderen Verbänden. Die in der Zahlstelle Berlin des Holzarbeiter-Verbandes organisierten Arbeiter nahmen in ihrer letzten Versammlung Stellung zu dem in der Zahlstelle Berlin eingeführten obligatorischen Beitrag von 60 Pf. pro Woche. Alle Arbeiter sprachen sich dahin aus, daß es Pflicht der Holzinstrumenten-Arbeiter sei, den Kampf, den die Unternehmer in der Zahlstelle dem Verbandsangehörigen haben, durch das Opfer eines erhöhten Beitrags zu unterstützen. Verschiedene Redner erklärten, daß sich in ihren Betrieben trotz der erhöhten Beiträge 2000 Pf. zur Aufnahme werden. Beifall. (Beifall.)

Das Publikationsorgan unseres österreichischen Bruderverbandes — Verband der Papier-, der Chemischen und der Gummi-Industrie Oesterreichs — ist dem unseren abgehaltene Verbandsstag eine längere Betrachtung. Mehrfach werden unsere Leistungen und unseren Beschäftigten Worte der Anerkennung gesagt. Bezüglich der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung heißt es:

„Unser deutscher Bruderverband geht also viel vorzüglicher und passender mit der Arbeitslosen-Unterstützung vor als wir, erleichtert auch seinen Funktionären die Geschäftsführung, indem er für männliche und weibliche Mitglieder nur je eine Klasse einführt. Auf diese Weise wird es unserem Bruderverband möglich, ein bedeutendes Vermögen anzusammeln und bei Lohnkämpfen viel wirksamer einzugreifen, als es unser Verband gegenwärtig vermag.“







bandstages einget, tritt dafür ein, daß diejenigen Mitglieder, welche in Biegeln und als Bauarbeiter u. s. w. beschäftigt, im Winter (durch die Wiedereinführung des Antrages „Frostheft“) keine Arbeitslosenunterstützung erhalten können, und schließt sich den Ausführungen des Kollegen Wollenweber betr. der Person des Kollegen Sad an. Kollege Contentius bedauert, daß im hiesigen Parteiblatt kein Bericht des Verbandstages erschienen und hierdurch niemand im Stande gewesen sei, sich des Näheren über die Verhandlungen zu orientieren, wendet sich gegen den Verein „Arbeiterpresse“ resp. General-Kommission, sowie gegen die Gehälter und Pensionsföherung des Verbandsoberleitenden. Kollege Reumann erachtet, bei der Beurteilung, ob höhere Beiträge von den Mitgliedern gezahlt werden könnten, das Bedenken zu wachen, daß es unter den jetzigen schlechten Erwerbsverhältnissen unmöglich sei, noch höhere Beiträge zu zahlen, da unsere Kollegen gern froh wären, wenn sie ihre Familien ernähren könnten, viel weniger noch mehr Beiträge zu leisten. Gleichfalls seien die Biegel- und Bauarbeiter in ihre Verbände abzuschieben, da bei denselben sehr viel Geld verloren gehe. A. und wendet sich gegen die Gehaltserhöhung. — Ein eingelaufener Antrag, welcher eine Urabstimmung über die Gültigkeit der gefassten Beschlüsse verlangt, sowie eine gleichlautende Resolution werden vom Vorsitzenden verlesen und zur Berücksichtigung empfohlen. Kollege Winter glaubt in dem Artikel „Soziale Pflichten der Arbeiter“ und der Nachschrift des Beschlusses der Zahlstelle Hannover Nord-Ost eine große Mangelhaftigkeit zu finden, er ist Gegner von besoldeten Bauvorstehern und wendet sich gegen einige Auslassungen des Kollegen Wren. Kollege Bergmann-Linden tritt für die Beschlüsse des Verbandstages ein und erachtet, der Erhöhung der Gehälter und Zahlung von Pensionsbeiträgen die Zustimmung zu geben und die Resolution abzulehnen. Kollege J. J. Hannover erklärt sich als Gegner der Verbandstagsbeschlüsse und erachtet, dahin wirken zu wollen, daß dieselben keine Gültigkeit erhalten; er wendet sich in längeren Ausführungen gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung und Erhöhung der Beiträge. Redner ist der Ansicht, der Verband könne nur an Mitgliedern gewinnen, wenn die Beiträge so niedrig wie möglich bemessen würden; durch eine Erhöhung würden eine große Anzahl dem Verbande den Rücken kehren. Auch die Gehälter der Beamten hätten eine Höhe erreicht, daß es wohl am Platze sei, ein Quitt zu machen; am allerwenigsten sei einer Erhöhung zuzustimmen, wir sämen sonst dahin, unseren Kindern sagen zu können: hungert nur, in dem erhabenen Bewußtsein, daß wir unseren Verbandsbeamten gute und sichere Gehälter zahlen können. Gleichfalls erklärt sich Kollege Danken-Linden gegen Gehaltserhöhung und Zahlung der Pensionsbeiträge und ist der Ansicht, vor der Urabstimmung über die Arbeitslosen-Unterstützung noch eine Versammlung abzuhalten. Redner tritt für Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages ein. Nachdem auf Antrag die Versammlung vertagt, erhalten noch einige Redner das Wort zur persönlichen Bemerkung. Fortsetzung der Versammlung am 13. September im Saalhof.

Gildesheim. Arbeiter-Mißo. In der hiesigen Juden-Kassiererin ist der unverschämteste Arbeiter G. Klages in einem mit heißer Lauge gefüllten Kanal. Er wurde demnach verbrüht, daß er seinen Wunden erlag. Man sollte meinen, ein solcher Mißfall wäre ohne großen Geldaufwand für Verhütungsmaßnahmen vermeidbar. War der Platz genügend erhöht und der Kanal mit Entwässerung versehen? Diese Fragen drängen sich unumwunden auf.

Quilms. Donnerstag, den 4. September, tagte im Lokale des Herrn Grabe unsere Mitgliederversammlung. Kollege Cochens erstattete den Kartellbericht. Ein Kollege brachte die Arbeitslosenunterstützung in Anregung. Da die diesbezüglichen Beschlüsse des Verbandstages erst ohne nähere Begründung bekannt gegeben worden sind, so wurde die Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung vertagt. In nächster Kartellführung soll unterdessen eine Anregung zu einer Weihnachtsgesamtheit gegeben werden.

Juchow. Ueber: „Der Kampf ums Dasein auf wirtschaftlichem Gebiete“ referierte Genosse Rohrbach in der am 31. August tagenden Versammlung. Der Redner schilderte die Lage und Arbeitsverhältnisse, die Organisationsbestrebungen der Kollegen und das Streben nach einer besseren Bezahlung und Lebenshaltung. — In der Debatte wurde den Anwesenden empfohlen, sich mehr an den Konsumvereinen zu beteiligen. Auch der letzte Besuch der Versammlung durch die Mitglieder fand eine lebendige Mitbeteiligung.

Nauen. In der letzten Mitglieder-Versammlung erstattete Kollege Hoffmann-Charlottenburg Bericht vom Verbandstage. Das Referat besagte, daß dem Verbandstage nicht nur allein eine Güte von Arbeit vorzubehalten war, sondern daß auch jeder Antrag möglichst erörtern und durchgearbeitet wurde. Als Delegierter zur Konferenz des Gau 8 wurde Kollege Kriemhilde gewählt.

Seligenstadt. Sonntag, den 7. September, hielten wir im Lokale „Zum Schützenhof“ unsere Mitgliederversammlung ab, welche gut besucht war. Der zweite Bevollmächtigte, Kollege Richter, hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die wichtigsten Beschlüsse des 6. Verbandstages den Kollegen noch einmal mitzutheilen und zu erklären. Hauptächlich suchte er über die Arbeitslosenunterstützung die Kollegen aufzuklären und betonte dabei, daß wenn sie zur Einführung gelangen sollte, das mit großen Schwierigkeiten verbunden sei. Zum Schluß forderte er die Kollegen auf, kräftiger als je für den Verband zu agitieren, damit wir durch die Beiträge zur Erhöhung unserer Gehälter beitragen könnten, und immer wieder an die uns noch fernstehenden Kollegen heranzutreten, um auch sie von dem Zweck und Nutzen unserer Organisation zu überzeugen. Dem zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Gründung einer Agitations-Kommission. Diese wird von Kollegen von hier und den umliegenden Zahlstellen gebildet. Kollege Biel hält es für notwendig, um eine bessere Agitation betreiben zu können, sich hier und in der Umgegend nach ein reiches Arbeitsfeld zu beschaffen. Dasselbe richtig zu bearbeiten müßte unsere Hauptaufgabe sein. Es wurde beschlossen, die Bevollmächtigten der benachbarten Zahlstellen zu einer Besprechung nach Quilms zu berufen.

Stellingen-Langensfelde. Freitag, den 29. August, fand im Lokale des Herrn Winter hierorts eine Besprechung der an diesem Beschlüssen Mitglieder der hiesigen Zahlstelle statt. Das Tagesprogramm umfaßte die Besprechung der Beschlüsse des Verbandstages und die Besprechung der Angelegenheiten der Zahlstelle. Die Mitglieder haben sich über die Beschlüsse des Verbandstages und die Angelegenheiten der Zahlstelle eingehend unterhalten. Die Mitglieder haben sich über die Beschlüsse des Verbandstages und die Angelegenheiten der Zahlstelle eingehend unterhalten. Die Mitglieder haben sich über die Beschlüsse des Verbandstages und die Angelegenheiten der Zahlstelle eingehend unterhalten.

Arbeit, die Bücher der Arbeitsuchenden sowie auch der in Arbeitstenden zu revidieren, um festzustellen, ob Bestreuer vorstehenden Beschlüssen Beachtung geschenkt haben. Thale. Unsere Mitgliederversammlung, welche am 31. August tagte, war gut besucht. Die Abrechnung vom zweiten Quartal wurde vorgelesen und als richtig befunden und dem 2. Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Danach wurde die Abrechnung vom Sommervergnügen vorgelesen, welche einen Ueberschuß von 3,65 Mk. ergab. Ferner wurde beschlossen, für jedes Mitglied ein Protokoll des 6. Verbandstages zu bestellen. Die Versammlungen wurden auf den 3. Sonntag, Abends 8 Uhr, verlegt. Nach einer Aufforderung des 1. Bevollmächtigten, lächlich für den Verband zu wirken, wurde die Versammlung geschlossen. Wandersbeck. Eine außerordentliche Versammlung tagte am 27. August beim Kollegen A. Behn. Nachdem das Andenken unseres verstorbenen Kollegen Fischer und der Kollegin Dag in üblicher Weise geehrt worden, erstattete Kollege Brubns den Bericht vom Verbandstage. Ueber verschiedene Beschlüsse entwickelte sich eine Debatte, in welcher die Arbeitslosenunterstützung, die Gauseintheilung und die Befolgung der Beschlüsse des Gauvorstandes behandelt wurden. Kollege Zimmermann führte an, daß der Beschluß, bei Annahme der Arbeitslosenunterstützung auch an die wegen der Reisezeit ausgesperrten Kollegen vom dritten Tage an Unterstüfung zu gewähren, ein Entgegenkommen gegenüber anderen Verbänden bedeute. Bei einer Gauseintheilung, welche sich auf ein kleines Gebiet ausdehne, sei eine fruchtbarere Agitation möglich, ohne daß besoldete Agitatoren angestellt würden. Der Beschluß, daß auf Bauern beschäftigte Kollegen vornehmlich verpflichtet sind, höhere Extrabeiträge zu leisten, sei mit Freuden zu begrüßen, besser aber wäre es, wenn diese Verpflichtung statutarisch festgelegt worden wäre. Auch die jährliche Revision der Verbandskasse sei ein Fortschritt. Nachdem Kollege Brubns in seinem Schlußworte auf verschiedene während der Debatte gemachte Einwendungen eingegangen, wurde beschlossen, eine Extrasteuern zu erheben zur Unterstüfung der von der Aussperrung betroffenen Bauarbeiter. Bekanntlich soll diese Steuer 0 Pfg. für Kollegen und 5 Pfg. für Kolleginnen betragen. Die Versammlung beschloß, sogleich 300 Mk. aus dem Reservefonds zur Verfügung zu stellen.

**Bekanntmachung.**  
Mit Versendung der Protokolle kann erst am Donnerstag, den 19. September, begonnen werden. Zahlstellen, welche ihre Bestellungen noch nicht ausgegeben haben, wollen das umgehend thun. Bestellungen von Einzelexemplaren erledigen wir nur dann, wenn 10 Pfennig für Porto mitgesandt werden. Nach den Bestellungen zu urtheilen, herrscht die Ansicht, daß wir die „Gleichheit an alle weibliche Mitglieder zu liefern haben. Dem ist jedoch nicht so, vielmehr lautet der Beschluß: Gehören Mann und Frau der Organisation an, so ist dem Mann der „Proletarier“ und der Frau die „Gleichheit“ zuzustellen. Das wollen die Bevollmächtigten und Hilfskassierer beachten.

**Quittung.**  
Es werden nur die Gesamtbeträge quittiert, eine Spezialquittung derselben erfolgt an dieser Stelle nicht mehr. Bei der Hauptkasse gingen seit 1. 3. September folgende Beträge ein:  
Soltenberg 129,55. Mainz 150,61. Mühlenteb 67,65. Braunshweig für den Streikfonds 170.—. Barby 30,40. Klein-Krotenburg 29,05. Wilsdorf 22,01. Magdeburg 202,95. Freising 11,20. Warmbe 300.—. Zittau 25,20. Winterfeld 3.—. Gießen 22,06. Ruche, Elberfeld —,20. Hannover, Einzelmitglieder —,75. Reutlingen 4,91. Götting 77,45. Schlutup 11,60. Rothenburg 15,46. Freimwalbau 32,11. Harzburg 22,90. Strehl 12,88.  
Schluß: Dienstag, den 16. September, Mittags 12 Uhr.

**Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.**  
Das Buch Nr. 71747, ausgegeben am 28. November 1899 in Kolberg auf den Namen Aug. Schumacher.

**Neue Adressen und Adressen-Änderungen.**  
Gau 4. (Sitz Deffau.) Kassierer Köhne, Zehnhäuserstraße 2, 3. Et.  
Gau 15. (Sitz Lützenbach.) Kassierer Wilhelm Tullbach, Feldstr. 111.  
Alfeld. G. Winckelmecht, Mittelstr. 3.  
Brake l. Oldens. (Gau 18.) Adam Fuchs, Mittelstr. 1. Schwemningen. G. Heiber, Sängersstr. 1226.  
Schöneberg. (Gau 8.) Heinrich Broß, Potsdam, Fortstraße 9.  
Soest l. Westf. (Gau 16.) Vertrauensmann Casper Riffe, Kaiserstraße 37.  
Ulm. Friedrich, Post, Volkshaus. Reisesekret: Im Hohentwiel, Aufgange, Abends 6 Uhr.  
Unterriedheim. Gottfried Gubber, Cannstattstr. 22.  
Wunsiedel. (Gau 15.) H. Teumann.  
Zechau. Albin Frau, Bismarckstr. bei Altenburg.

**Eingegangene Zahlstellen.**  
Wirsin a. L. Reutlingen.

**Briefkasten.**  
Gauvorstände, die noch nicht im Besitze eines Stempels sind, wollen das dieses mittheilen. A. B. Fr. Frankenthal. Dieses Mal keinen Raum. Dieleilich: in nächster Nummer.

**Sterbetafel.**  
84 882. G. Sengerspeit, geb. am 7. Oktober 1857, eingetretten am 8. Mai 1900, gestorben am 19. August in Hildesheim.  
67 795. Guß. Brandt, geb. am 12. November 1856, eingetretten am 19. August 1899, gestorben am 24. August 1902 in Hildesheim.  
60 856. Marie Stiefel, geb. am 30. August 1857, eingetretten am 25. September 1899, gestorben am 28. August 1902 in Hildesheim.  
78 094. Louise Franzhold, geboren am 5. September 1874, eingetretten am 19. August 1900, gestorben am 1. September in Hildesheim.  
25 124. Georg Bösch, geb. am 15. Januar 1859, eingetretten am 1. Mai 1891, gestorben am 9. September in Eilenburg.

**An die Zahlstellen des Gau 13 (Württemberg).**  
Sonntag, den 5. Oktober, Vormittags 10 Uhr, findet unsere Gaukonferenz im Gasthaus zum „Hohentwiel“ in Ulm statt.  
Tagesordnung:  
1. a) Tätigkeitsbericht des Vorstandes, b) des Kassiers.  
2. Bericht der Delegierten.  
3. Wie betreiben wir die Agitation im Gau.  
4. Die Arbeitslosenunterstützung in unserem Verband.  
5. Wahl des Gauvorstandes und des Ortes der nächsten Konferenz.  
Die Zahlstellen werden ersucht, ihre Beiträge bis längstens 28. September an den Unterzeichneten einzusenden, nebst der gewünschten Statistk. Es sollte womöglich jede Zahlstelle vertreten sein.  
J. A.: Leonh. Köhner, Cannstatt, Gallerstraße 21, 1. Et.

**An die Bevollmächtigten sämtlicher Zahlstellen des Gau 17. (Samburg, Schleswig-Holstein.)**  
Unsere diesjährige **Gaukonferenz** findet am Sonntag, den 12. Oktober 1902, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn F. Wischerrop („Zur neuen Welt“) in Bägerdorf statt.  
Vorläufige Tagesordnung:  
1. Bericht des Gauvorstandes.  
2. Beratung der gestellten Anträge.  
3. Wie entfalten wir unsere Agitation?  
4. Wahl des Ortes für die nächste Konferenz und des Sitzes des Gauvorstandes.  
Wir ersuchen die Bevollmächtigten, die Wahl der Delegierten unverzüglich vorzunehmen und das Resultat sowie Anträge an Unterzeichneten bis spätestens 1. Oktober d. J. einzusenden. Jede Zahlstelle ist berechtigt, einen Delegierten zu entsenden auf Kosten der Lokalkasse.  
Mit kollegialem Gruß  
Der Gauvorstand.  
J. A.: Frig. Borger, Samburg, Reimhaldstr. 20 K.

**Inserate.**  
**Zahlstelle Goswig (Anh.).**  
Unsere nächste Mitglieder-Versammlung findet Sonntag, den 21. d. Mtz., Abends 8 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“ statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. 1,05 Mk.] Die Bevollmächtigten.

**Zahlstelle Juchow.**  
Die Mitglieder-Versammlungen werden jeden letzten Sonntag im Monat, Nachmittags 3 Uhr, abgehalten. [60 Pf.]

**Zahlstelle Breeß.**  
Bringen den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 14. September, im Vereinslokale W. Götting tagt, wozu ein Referent erscheinen wird. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich. 1,20 Mk.] Die Bevollmächtigten.

**Radeberg i. S.**  
Am Sonntag, den 21. September, Vormittags 10 Uhr, findet unsere Zusammenkunft in der „Zentralhalle“ statt. Tagesordnung: 1. Wahl der Vertrauensperson. 2. Abrechnung. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. 1,05 Mk.] Der Vertrauensmann.

**Zahlstelle Rendsburg.**  
Unsere Generalversammlung findet am Sonnabend, den 27. September, Abends 8 Uhr, in der „Neuen Welt“, Grünstr. 2, statt. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. Die Bevollmächtigten.

**Zahlstelle Götting.**  
Die Kollegen der Zahlstelle Götting werden ersucht, mit ihren Angehörigen Sonntag, den 21. September, Abends von 8 Uhr ab zum **gemüthlichen Beisammensein** zahlreich zu erscheinen. 1,35 Mk.] Die Bevollmächtigten.

**Zahlstelle Ohlstedt.**  
Sonntag, den 12. Oktober, findet im Lokale des Herrn G. Schwaib („Hotel Waldbesuch“) in Ohlstedt unser **Bergnügen**, verbunden mit Saal und Vorträgen, statt. Um zahlreiches Besuch bitten. 1,20 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Unserem werthen Kollegen Alfred Krebs nebst seiner jungen Frau Johanna Grell zu ihrer am 9. September stattgefundenen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Kollegen der Zahlstelle Caputh.  
Unserem Verbandskollegen Gustav Buchwald und seiner lieben Frau zu ihrer am 21. d. Mtz. stattfindenden Hochzeitsfeier ein dreimaliges Hoch.  
Die Kollegen der Zahlstelle Regis a. S.  
Wir sagen nachträglich unsere besten Glückwünsche unseren Kollegen G. Meins nebst Frau zu ihrer stattgefundenen Hochzeit.  
Die Kollegen der Zahlstelle Ohlstedt.

**Zahlstelle Torgau.**  
Unserem Vorsitzenden R. Lingner nebst seiner lieben Frau senden wir nachträglich unsere herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Verlobung.  
Mehrere Mitglieder der Zahlstelle Torgau.  
90 Pf.]

**Neumünster.**  
Bringe den Kollegen metas **Kolonial- und Fettwaaren-Handlung** in gültige Erinnerung und bitte um geneigten Beiprud. Empfehle Margarine, 60, 65, 70 und 75 Pf. des Pfund. 2,75 Mk.] Herm. Schütt, Birellstraße 44.